

Vorbemerkung:

Die Budgetberichte haben bezüglich ihrer Aussagekraft und Qualität gegenüber früheren Berichten nur punktuell eine Besserung erfahren. Besonders auffällig sind die zum Teil äußerst knappen bzw. wenig informativen Berichte einzelner großer Dienststellen. Insbesondere lassen die Erläuterungen hinsichtlich der Planabweichungen bei größeren Einnahme- und Ausgabeposten sehr zu wünschen übrig. Die Kämmerei hat im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2009 deshalb ausdrücklich auch nochmals gebeten, Abweichungen zwischen dem Rechnungsergebnis 2007 und den Planansätzen 2008/2009 zu erläutern.

Die Kämmerei bemüht sich, in Einzelgesprächen mit den Dienststellen die Qualität der Berichte anzuheben. Hierbei ist die Finanzverwaltung auch auf die Unterstützung durch die Fachreferate angewiesen. Es wird unterstellt, dass ein aussagekräftiges Berichtswesen aus Steuerungsgründen im Sinne der Fachreferate ist.

Einzelanmerkungen zu den Budgetberichten:

Geschäftsbereich D:

13100 (Stadtjubiläum)

Ein schriftlicher Budgetbericht wurde nicht vorgelegt. Zur Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 02.07.2008 wurde ein mündlicher Bericht über die Abwicklung des Stadtjubiläums erteilt. Hierbei wurde zugesagt, einen schriftlichen Bericht nach Abschluss der Abrechnungen nachzureichen.

Geschäftsbereich Ref. I:

40020 (Grundschulen) ff.

Die in den Budgetberichten der Schulverwaltung enthaltenen Hinweise über die nicht vorliegenden Informationen zu den mit dem Sondervermögen „Gebäudewirtschaft“ erfolgten Leistungsverrechnungen (XXXX.5480.0000) wurden zum Anlass genommen, GWF zur künftigen Transparenz der Verrechnungen aufzufordern. Die entsprechenden Informationen werden künftig allen Dienststellen zur Verfügung gestellt.

Zu der im Budgetbericht (40020) enthaltenen Kritik über nicht gerechtfertigte (innerstädtische) IT-Leistungsverrechnungen ist anzumerken, dass die innerstädtischen IT-Leistungen ab 2009 auf einer neuen Grundlage (verursachergerecht) abgerechnet werden sollen.

40150 (Leopold-Ullstein-Realschule)

Die Kämmerei wird künftig bei den Budgetabrechnungen Planabweichungen bei den an die Humbser-Stiftung zu entrichtenden Erbbauzinsen (Nutzung Humbser-Sportplatz) budgetneutral behandeln.

40270 (Martin-Segitz-Schule, Staatl. Berufsschule 1)

Der Budgetmehrbedarf 2008 im Zusammenhang mit den Ausgaben für die Heimunterbringung der Blockschüler wird bei der Budgetabrechnung 2008 entsprechend berücksichtigt.

42000 (Volksbücherei)

Im Budgetbericht werden „unrealistische“ Einnahmeansätze bemängelt. Hierzu ist anzumerken, dass die Höhe der Ansätze durch entsprechende Festlegungen des Stadtrats im Zuge der Haushaltskonsolidierung bzw. durch Veränderung dieser Festlegungen nach Vorgaben der Dienststelle bestimmt sind.

52000 (Sport)

a) Die Personalausgaben für den im Budgetbericht genannten Mitarbeiter belasten das Budgetergebnis 2008 nicht.

b) Die Darstellung bzw. Abrechnung der Leistungsverrechnungen (Gebäudewirtschaft) bedürfen einer klareren Abbildung im Haushalt.

Sind wie folgt zusammenfassen:

<u>Hst</u>	<u>Ansatz 2008</u>	<u>Ansatz 2007</u>	<u>RE 2007</u>	
5500.5480.000	2 500	1 244 200	1 244 200	
5500.5481.0000	149 900	149 900	171 103	1)
5500.7091.0000	0	260 000	0	2)
5600.5480.0000	<u>1 558 000</u>	<u>217 500</u>	<u>217 500</u>	
	1 710 400	1 871 600	1 632 803	

1) Ausgaben der Hallenbetreuung während der Schulferien

2) Hst. entfällt künftig

Geschäftsbereich Ref. II:

10100 (Amt für Informationstechnik)

a) Für die Haushaltsplanaufstellung 2009 ist vorgemerkt, künftig einen Einnahmen-Ansatz bei Hst. 0205.1507.0000 (Ersatz von Post- und Telefongebühren) vorzusehen.

b) Ab dem Jahr 2009 soll das bisherige (pauschalierte) Leistungsverrechnungssystem für die von IT erbrachten Serviceleistungen neu geregelt werden. Auf der Basis einer zwischenzeitlich bei IT eingeführten Kosten- und Leistungsrechnung können die Leistungen von IT mit kalkulierten Verrechnungspreisen den Dienststellen bzw. Budgets verrechnet werden. Über Einzelheiten sollen die Dienststellen noch informiert werden. Die notwendigen budgettechnischen Veränderungen werden von der Kämmerei im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2009 vorgenommen.

11040 (Personalentwicklung)

Zu Nr. 1.3.1. des Budgetberichts ist anzumerken, dass das jetzige Budget 11040 im Zuge der Neuorganisation des POA aus dem Sonderbudget 10600 (Zentrale Verwaltungsdienste) herausgelöst wurde. Dieses Sonderbudget existiert noch (hier werden im wesentlichen nur noch die noch nicht aufteilbaren Leistungsverrechnungen gegenüber dem Sondervermögen „Gebäudewirtschaft“ für die Rathäuser und Ämtergebäude verrechnet).

Geschäftsbereich Ref. III:

32000 (Ordnungsamt)

Das bei Hst. 3600.2630.0000 (Ausgleichszahlungen für Ersatzpflanzungen) ausgewiesene (negative) Rechnungsergebnis von – 34 596 € hängt mit ausgebuchten Einnahmeforderungen aus nicht vollzogenen Baugenehmigungen und den damit verbundenen Stornierungen von Ausgleichszahlungen zusammen. Aufgrund der in der Regel zeitversetzten Verwendung der Ausgleichszahlungen und der damit verbundenen budgettechnischen Probleme ist die Abwicklung der Ausgleichszahlungen ab 2008 im Zentralbudget 20940 veranschlagt.

33000 (Bürgeramt)

Im Budgetbericht wird auf künftige Mehrausgaben für die von der Bundesdruckerei bezogenen Ausweisdokumente hingewiesen. Die Kämmerei hat hierzu die Dienststelle um nähere Angaben zu den jährlichen Ausgaben und den damit verbundenen Gebühreneinnahmen gebeten:

Gesamtkosten für Personalausweise			
Jahr	Ausgaben	Einnahmen	Differenz
2004	51.607,74 €	49.104,00 €	-2.503,74 €
2005	55.381,80 €	53.280,00 €	-2.101,80 €
2006	50.718,45 €	48.120,00 €	-2.598,45 €
2007	67.361,91 €	66.536,00 €	-825,91 €
2008 (8 Monate)	56.379,54 €	54.384,00 €	-1.995,54 €
Bei den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass etwa jährlich 1.000 erste Bundespersonalausweise <i>kostenfrei</i> ausgestellt wurden.			
Die Gesamtkosten der E-Pässe sind anhand des statischen Datenmaterials nicht exakt ermittelbar.			

Die Übersicht lässt erkennen, dass die Kostendeckung für die gebührenpflichtigen Personalausweise nicht mehr gegeben ist (Anmerkung: Personal- und andere Sachausgaben für die Aufgabenerledigung werden über die allgemeinen Finanzweisungen gem. Art. 7 FAG abgegolten). Regelmäßige statistische Grundlagen zur Abschätzung der Kostendeckung sollen durch das Bürgeramt in der Zukunft gepflegt werden, um jederzeit Aussagen zur Kostendeckung dieser Pflichtaufgabe machen zu können bzw. rechtzeitig über die kommunalen Spitzenverbände hinsichtlich einer Anpassung der Gebühren initiativ werden zu können.

36010 (Straßenverkehrsamt VÜD/VzD)

Die gegenüber 2007 deutlich erhöhten Einnahmen aus Verwarnungsgeldern des Jahres 2008 (Hst. 1115.1012.0000) gehen zurück auf den Beschluss des Stadtrats zur Haushaltskonsolidierung 2008-2010. Im Zuge der Interkommunalen Zusammenarbeit soll eine gemeinsame Bußgeldstelle mit der Stadt Nürnberg eingerichtet werden.

Geschäftsbereich Ref. IV:

50000 (Sozialamt)

Beim Budgetvollzug 2007 ergaben sich zum Teil erhebliche Abweichungen zwischen den Planansätzen und Rechnungsergebnissen. Die Dienststelle ist informiert, dass eine deutlich höhere Aussagekraft des Budgetberichts künftig notwendig ist. Die Kämmerei wird hierzu die Dienststelle unterstützen.

51150 (Kinder- und Jugendarbeit)

Der Budgetbericht gibt keine Auskünfte über eine Reihe von gravierenden Abweichungen zwischen den Planansätzen und Rechnungsergebnissen (z.B. Hst. 4600.1525.0000/ 4600.5300.000/ 4521.7151.0000). Zum Teil lassen sich Sachzusammenhänge (Verwendung von Mehreinnahmen für Mehrausgaben) über die Bezeichnung der Haushaltsstellen erkennen (z.B. LOS-Projekt). Die Kämmerei wird mit der Dienststellen bzw. der budgetverantwortlichen Stelle Maßnahmen zur Verbesserung des Berichtswesens besprechen.

51200 (Sozialdienst)

Die erheblichen Planabweichungen insbesondere auf der Einnahmenseite sind im Budgetbericht zum Teil nicht erläutert.

Die Mindereinnahmen bei Hst. 4531.1711.0000 (Zuschuss für Mütterzentrum - Soziale Stadt) korrespondiert mit entsprechenden Minderausgaben bei Hst. 4531.7070.0000. Die Förderung von Personalkosten aus Mitteln der Sozialen Stadt ist im Übrigen ausgelaufen.

Die Einnahmen bei Hst. 4700.1711.0000 (Zuschuss für ZAB) in Höhe von 32 400 € gingen zeitversetzt ein. Ein entsprechender Ansatz war 2006 veranschlagt. Die Verwendung der Fördermittel erfolgte bei Hst. 4070.7001.000 in den Haushaltsjahren 2005/2006.

Geschäftsbereich Ref. V:

66200 (Straßen, Brücken, Parkflächen)

66250 (Straßen, Brücken, Parkflächen (Erneuerung))

66300 (Straßenreinigung-Verrechnung Straßenbetrieb)

Die Kämmerei verweist auf die grundsätzlichen Anmerkungen zur Behandlung der Budgetberichte /-ergebnisse 2006 (StR-Sitzung 19.09.2007).

Die Dimension der vom Tiefbauamt verwalteten Amtsbudgets und-Unteramtbudgets (Volumen von rd. 12 Mio €) und den darin gebundenen aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzierenden Mittel erzwingen ein entsprechendes Berichtswesen. Die letztlich wenig aussagekräftigen Budgetberichte erfüllen diese Aufgabe in keiner Weise.

Im Einzelnen:

66200 (Straßen, Brücken, Parkflächen)

Zum Hinweis im Budgetbericht auf den ab 2008 auf 1,1 Mio € erhöhten Einnahmeansatz (Parkgebühren) ist anzumerken, dass es sich bei der Erhöhung des Ansatzes gegenüber 2007 um 0,1 Mio € um die Vorgabe des Stadtratsbeschlusses vom 14.11.2007 zur Haushaltskonsolidierung 2008-2010 handelt (Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Bereich des Klinikums).

Noch nicht sachgerecht erfolgt der Nachweis der Gebäudebewirtschaftungskosten für die genannten Budgets. Diese Leistungsverrechnungen sind zum Teil nur für das Budget 66250 erfolgt. Die Verrechnung von Gebäudebewirtschaftungskosten für eine Reihe von gemischt genutzten Gebäuden (z.B. Rathäuser, Betriebsgebäude Mainstraße) muss noch verfeinert werden. Die Kosten werden derzeit in solchen Fällen noch über das Sonderbudget 10600 (Zentrale Verwaltungsdienste) abgerechnet.

67000 (Grünflächenamt)

Die Kämmerei verweist auf die grundsätzlichen Anmerkungen zur Behandlung der Budgetberichte /-ergebnisse 2006 (StR-Sitzung 19.09.2007).

Zu den bei der Budgetabrechnung 2007 festgestellten Mehreinnahmen (soweit sie nicht wie z.B. die Verrechnung von Planungsleistungen vom Vermögenshaushalt budgetneutral sind) ist anzumerken, dass diese zum Teil auf entsprechende höhere (budgetinterne) Verrechnungen zurückzuführen sind, die entsprechende Mehrausgaben zur Folge hatten (z.B. Hast. 5800.1699.5810/5800.6799.5810).

Das positive Budgetergebnis (+ 350 T€) ist im Wesentlichen auf folgende Veränderungen im Budgetvollzug zurückzuführen:

	T€
Mehreinnahmen aus Entgelten von Dritten	+ 37
Minderausgaben bei Fremdvergaben	+ 138
Minderausgaben bei ao. Wegeunterhalt	+ 18
Minderausgaben für Grundstückslasten	+ 42
Minderausgaben Auftragsarbeiten Spielanlagen	+ 43
Übrige (Saldo)	+ 72

Geschäftsbereich Ref. VI:

87000 (Tourist-Information)

Zur „Fehlinformation“ bezüglich der Gebäudebewirtschaftungskosten wird angemerkt, dass diese durchaus von der budgetverwaltenden Dienststelle zu erkennen gewesen wären, weil TI grundsätzlich bei periodengerechter Rechnungsstellung durch GWF

selbst bewirtschaftende Stelle der Hst. 7011.5480.0000 ist bzw. aufgrund der. Die beantragte Projektmittelübertragung konnte mangels Budgetüberschuss nicht vorgenommen werden. Eine Prüfung und Entscheidung, ob es sich tatsächlich um Projektkosten oder lediglich um die „Rettung“ von Haushaltsmitteln des Verwaltungshaushalt handelte, ist deshalb nicht erforderlich gewesen. Sofern Rechnungen aufgrund der Käm-Information auf 2007 gebucht wurden, ist hier allenfalls ein „optischer Nachteil“ entstanden, da die Beträge sonst – ebenso wie der nun vorhandene Fehlbetrag – das Haushaltsjahr 2008 belastet hätten. Spätestens am Ende des laufenden Haushaltsjahres müssten sich diese Beträge wieder ausgeglichen haben.

Fürth, 21.07.2008
Kämmerei